

Platz abbeck

Nr. 4, 15. Mai 2007

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Ausbildungsplatzquote der Stadt Köln ein Erfolg – Jetzt müssen die Stadtwerke nachziehen!

Der gerade erschienene Ausbildungsbericht der Stadt Köln für 2006/07 zeigt, dass linke Politik Früchte trägt. 2007 wird die Stadt ca. 714 junge Menschen ausbilden und damit erstmals eine Quote von 6% erreichen. Die Fraktion Die Linke.Köln hat diese Entwicklung maßgeblich angestoßen, als sie auf der Ratssitzung im April 2006 den Antrag stellte, sofort 100 Ausbildungsplätze zusätzlich zu schaffen und 2007 eine Ausbildungsquote von 6% einzuführen. Eine erfolgreiche Unterschriftenaktion der Fraktion begleitete diese Forderung, die übrigen Parteien und die Verwaltung schlossen sich der Idee an.

Das ist das Ergebnis der zielstrebigem Verhandlungen der Fraktion. Auch die linke Forderung, verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu gewinnen, wird umgesetzt. So geht die Verwaltung jetzt endlich in Schulen, um dort gezielt auch jugendliche Migranten und Migrantinnen anzusprechen.

Trotzdem müssen wir weiterkämpfen. Denn die städtischen Beteiligungsgesellschaften bilden zu wenig aus. Hier muss die Stadt ihren Einfluss geltend machen und Druck ausüben. Gerade der Stadtwerkekonzern macht gute Gewinne. Diese werden aber zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet. Bevor das passieren kann, muss der Konzern erst einmal seiner Ausbildungsverpflichtung nachkommen. Das sind wir den Jugendlichen schuldig, die verzweifelt nach einer Lehrstelle suchen.

Özlem Demirel



Die Linke.Köln und der Bürgerprotest verhindern die Schließung aller Bäder!

Die geplanten Bäderschließungen der KölnBäder GmbH in Rodenkirchen, Weiden und Nippes sind vom Tisch. CDU, SPD, Grüne und FDP nahmen das Bäderkonzept, das sie – mit Ausnahme von Rodenkirchen – alle mitgetragen hatten, erst einmal vom Tisch.

Damit hat sich die Linke durchgesetzt: Nippes, Weiden und Rodenkirchen werden auch weiterhin ein Bad haben. Der Rat wird in seiner Maisitzung mit den entscheidenden Stimmen der Linken die Verwaltung auffordern, einen eigenen Masterplan zum Erhalt aller Bäder zu erarbeiten. Unsere Forderung, hier die enge Abstimmung mit den Sportvereinen und der Schulverwaltung zu suchen, ist ebenfalls erfüllt.

Die Gespräche mit SPD und CDU waren nicht leicht. Streit mit der SPD war wegen der weit auseinander liegenden Positionen vorprogrammiert. Nachdem man sich

angegenähert hatte, konnten wir schließlich die CDU dazu bewegen, über den Rodenkirchener Beckenrand zu schauen. Wichtig für diese Entwicklung war der Protest der Kölnerinnen und Kölner gegen die Schließung aller drei Bäder. Den brauchen wir auch in einem Jahr, wenn die Diskussion über den Masterplan erneut beginnt.

Die Fraktion ist überzeugt davon, dass Köln alle Bäder braucht und auch bei den Schulschwimmbädern investieren muss. In Nippes beispielsweise gibt es nur ein renovierungsbedürftiges Hallenbad und kein einziges Schulschwimmbad. Jetzt brauchen wir einen Plan für den flächendeckenden Erhalt und Ausbau der Bäder. Denn wenn Köln in den nächsten Jahren mehr Offene Ganztagschulen bekommt, wird auch ein viel größeres Angebot an Sportaktivitäten gemacht werden müssen.

Jörg Detjen

Die Warnstreiks der IG Metall waren kurz und äußerst effektiv. Mit 4,1% mehr Lohn konnten sich die Streikenden endlich ein gutes Stück vom Kuchen, den sie erwirtschaften, abschneiden. Bei einem Besuch der Kölner Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion, Ulla Lötzer und Paul Schäfer, erklärten auch die Ratsfraktion sowie die Kölner Kreisverbände von WASG und Linkspartei ihre Solidarität mit den Streikenden.

Gerade in Köln arbeiten 91% der Beschäftigten der Branche in Betrieben, in denen die aktuelle und absehbare wirtschaftliche Lage gut bis hervorragend ist. Besonders gut stehen mittelständische Betriebe und Unternehmen in der Kölner Region dar, die spezialisierte Produkte und Dienstleistungen anbieten. Vor diesem Hintergrund ist die lange erzwungene Lohnzurückhaltung besonders skandalös.

Solidarisch mit KollegInnen der Metall- und Elektroindustrie



Bettelnde Touristen aus Rumänien in Köln

Die Pressemeldungen überschlugen sich mit ihren Titeln: *Bettelmafia*, *Bettelbanden*, *Bettelsklaven*, *Rabatzen gegen Schleuser*.

Sie erweckten den Eindruck eines plötzlichen Überfalls rumänischer Bettler auf Köln. Tatsächlich lebten schon seit Monaten verarmte rumänische Familien in Köln in Zelten, „Hotels“ und Bahnbögen am Stadtrand. Ihren Lebensunterhalt verdienten sie mit Betteln. Vom Status her sind sie Touristen, und so hat man sie bisher gewähren lassen – bis zum Aufruhr in der Presse.

Vorausschauende ahnen, dass sich hier schon die geistige Vorbereitung auf die Aktion „Kölle putzmunter“ ankündigte. Dazu passen keine verdreckten Camps und katastrophale Zustände.

Bereits im Ausschuss für Soziales und Senioren deutete sich das Vorgehen der Stadt an. Es handele sich hier allein um ein „ordnungspolitisches Problem“, hieß es. Al-

lein Peter Krücker von der Caritas wies auf die „humanitäre Dimension“ dieses Problems hin. Doch setzte sich sehr schnell die „klare Linie“ (OB Fritz Schramma) durch. „Mit voller Härte“ (KStA, 02.05.07) wurde durchgegriffen, wurden die Camps aufgelöst, die Hotels geschlossen. Von „organisiertem Betteln“ war plötzlich die Rede, von „Hintermännern“, vom „Verstoß gegen Straßen- und Wegegesetze“, von „fehlender Sondernutzungserlaubnis“. Bußgelder wurden angedroht nebst dem Einzug des erbetelten Geldes. Noch am gleichen Abend nach der Auflösung der Camps fuhr ein Bus ca. 70 Personen zurück nach Rumänien.

Die Presse begleitete dieses Vorgehen – mit wenigen Ausnahmen – mit einer im wahrsten Sinne unmenschlichen Sprache. Plötzlich war von verschmutztem Wasser die Rede, von gefährdetem Naturschutz und Umweltverschmutzung. Die offensicht-

liche Armut und Not der Menschen, der Familien mit Kindern geriet ins Hintertreffen.

Die Folgen dieses einseitigen Eingriffs: Die Camps sind zwar aufgelöst und ein Teil der Familien zurückgereist. Aber wo sind diejenigen, die nicht zurückgefahren sind? Ihre Not ist jetzt doppelt so groß, da sie sich verstecken müssen und so den „Abzockern“, wenn es sie denn gibt, umso mehr ausgeliefert sind.

Das Problem der Touristen aus dem Osten, die in den Westen kommen, um hier Geld zu verdienen, wird bleiben. Wir müssen darauf viel umfassender, vielseitiger und differenzierter reagieren. Unserer Ansicht nach bedarf es hierfür eines Runden Tisches, an dem Vertreter und Vertreterinnen der Stadt sowie einzelner Initiativen und Organisationen in unserer Stadt, langfristige und vorausschauende Perspektiven erarbeiten.

Michael Kellner

Geißbockheim wird unsichtbar

Wie die Stadt Köln den 1.FC Köln innerhalb von 4 Jahren zu einem der reichsten Vereine Deutschlands gemacht hat und wie es ihr gedankt wird.

Die Geschäftsführung des 1.FC Köln plant den Umzug ihrer Verwaltung vom Rhein-Energie Stadion auf das Gelände am Geißbockheim. Ein Architektenbüro ist bereits mit der Planung der neuen Geschäftsstelle beauftragt worden. Das Gebäude soll anstelle einer Garagenzeile direkt vor dem Vereinshaus, dem Geißbockheim, errichtet werden.

Die Planungen des 1.FC Köln freilich stoßen nicht nur bei der Lindenthaler Bezirksvertretung und beim Ausschuss Bauen und Wohnen auf Protest, auch viele interessierte Kölner Bürger überzeugten sich inzwischen vor Ort davon, dass die Baupläne, die eine starke Beeinträchtigung der Sichtachse Decksteiner Weiher - Geißbockheim vorsehen, strikt abzulehnen sind.

Allerdings kann der Bauantrag nur aus Rechtsgründen abgelehnt werden, und diese gibt es nicht. Was mit den frei werdenden Büros im Stadion geschehen soll, ist offen. Es sei noch nicht klar, so Ulrich Bolz (Kaufmännischer Leiter der Sportstätten GmbH), ob der FC der Stadt weniger Pacht zahlt, oder ob die Räumlichkeiten in lukrative VIP-Logen umgewandelt werden. Wie auch immer, „Gewinner“ bleibt der FC.

Bemerkenswert ist, wie rücksichtslos sich der FC Köln gegenüber der Stadt und seinen Einwohnern verhält. Schließlich hat die Stadt dem FC für 119,5 Millionen Euro ein Stadion hingestellt, an dem der sich ursprünglich beteiligen sollte. Dieses „Engagement“ wurde dem FC wegen wirtschaftlicher Probleme vom Rat erlassen. Das allei-

nige Risiko des Stadionbetriebs trägt seitdem die Stadt mit ihrer Sportstätten GmbH, die mit dem Stadion inzwischen jährlich 6 Millionen Euro Miese macht. Das tut sie auch deswegen, weil dem FC in der zweiten Liga knapp 3 Millionen Euro Stadionpacht erlassen werden. Es wurde damit gerechnet, dass in der zweiten Liga die Zuschauer wegbleiben, was aber gar nicht der Fall ist.



Über ihr Tochterunternehmen Rhein-Energie pumpt die Stadt weitere Millionen in den Verein, indem sie absurder Weise die Namensrechte am ‚eigenen‘ Stadion an den FC bezahlt.

Mittlerweile brüsten sich Vorstand und Geschäftsleitung des 1.FC damit, der finanziell am vierbesten aufgestellte Fußballverein Deutschlands zu sein.

Nachdem durch eine erste Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln bereits deutlich wurde, dass die Stadt mit dem Stadion jährlich mehr als 6 Millionen Euro Verluste macht, soll mit einer weiteren Anfrage im Sportausschuss geklärt werden, wie lange die Verträge zu Stadionpacht bzw. zum Namenssponsoring gültig sind. Eine dritte Anfrage liegt dem Finanzausschuss vor und betrifft das Sponsoring des FC durch die Rheinenergie.

Da moralische Aspekte beim FC offenbar nicht zählen, soll gleichzeitig vorgeschlagen werden, die derzeit wohl „fehlgeleiteten“ Sponsoren-Gelder zumindest in Zukunft für sinnvolle und der breiten Bürgerschaft nützlichere Aufgaben zu verwenden. Hier ist etwa die Bewahrung verschiedener Stadtteil-Bäder zu nennen.

Felix Schulte

In den Bezirksvertretungen

■ Mülheim

Fraktionsgemeinschaft „GRÜNE-LINKE“ gebildet

Nach guter und konstruktiver Zusammenarbeit zwischen Die Linke.Köln und dem Bündnis90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Mülheim haben die Bezirksvertreter Kemal Bozay von Die Linke.Köln und Günter Hermkes von Bündnis90/Die Grünen am 17.4. eine Fraktionsgemeinschaft gebildet.

In wichtigen bezirkspolitischen Fragen haben beide Parteien gemeinsame Zielvorstellungen vertreten und es fiel leicht, in vielen Fragen gemeinsam abzustimmen. Diese Zusammenarbeit zeigte sich vor allem auch durch gemeinsame Anträge, Prüfaufträge und Anfragen in der Bezirksvertretung.

Die neue Fraktionsgemeinschaft will für den zweiten Teil der Legislaturperiode Themen wie soziales Wohnen und Leben im Stadtbezirk, Unterstützung von lokalen Beschäftigungsinitiativen und Stadtteilgenossenschaften, vorbeugender Hochwasserschutz, Verbesserung und Optimierung des Radwegenetzes, Förderung von migrantischen Aktivitäten und Netzwerken, mehr soziale und kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche und der Einsatz für Bürgerinteressen aufgreifen. Auf der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim sind die Anträge und Anfragen der Fraktionsgemeinschaft „GRÜNE-LINKE“ auf Interesse gestoßen. Die Fraktionsgemeinschaft ist optimistisch, sich mit einer gemeinsamen Fraktion noch stärker für bezirkspolitische Themen sowie Bürgerinteressen im Stadtteil einsetzen zu können.

Kemal Bozay

■ Porz

Pro Köln und CDU gemeinsam gegen soziale Verantwortung der Unternehmen

Die rechtsextreme Bürgerbewegung pro Köln setzt sich gerne als angebliche Klein-Leute-Partei in Szene. Auch in der Bezirksvertretung Porz sahen sich die Verfassungsfeinde von ganz rechts gerne als des ‚deutschen Volkes Stimme‘, die den ‚etablierten Parteien da oben‘ einheizt, um Zustimmung für ihre ausländerfeindlichen Parolen zu gewinnen. So weit die Strategie der Selbstinszenierung der rechten Demagogen, die in Porz allerdings mehr als gelegentlich unfreiwillig an der mangelnden Kenntnis der Geschäftsordnung scheitert. Doch wenn es um's Geld für die Wirtschaft geht, sieht die

Wirklichkeit anders aus. Das zeigte die Entscheidung der Bezirksvertretung zur Ansiedlung der Spedition Dachser auf einer neuen Industriefläche in Gremberghoven. Allein SPD und Linkspartei stimmten dafür, mit einem städtebaulichen Vertrag wenigstens den Versuch zu unternehmen, die Spedition an den durch den Umzug erforderlichen Erschließungskosten zu beteiligen. Während Grüne und FDP sich enthielten, stimmte pro Köln mit der CDU dafür, das Unternehmen nicht einmal zu fragen.

Eine solche schwarz-braune Mehrheit für Wirtschaftsinteressen hat es in Porz schon einmal gegeben: Als Lammerting zu Lasten des Ortszentrums Poll großflächigen Einzelhandel im Gewerbegebiet ansiedeln wollte. Die CDU wäre in Porz gut beraten, den gerade von ihrer Fraktionsvorsitzenden gern und laut beschworenen Konsens der demokratischen Parteien nicht durch Mehrheitsbildung mit ‚pro Köln‘ zu unterlaufen.

Wolfgang Lindweiler

■ Kalk

Maßnahmen gegen Jugendkriminalität in der Bezirksvertretung beraten

In einem Fachgespräch hat die Bezirksvertretung Kalk sich mit der nach Medienberichten gestiegenen Jugendkriminalität in Vingst und Ostheim beschäftigt. Anlass für dieses Gespräch waren die kriminellen Handlungen einiger Jugendlicher im letzten Karneval. Das sorgte auf Stadtebene für eine neue Diskussion über Jugendbanden in Kalk. Die Polizei hat die Bezirksvertretung über die ergriffenen Maßnahmen aufgeklärt. Hierbei wurde in erster Linie die Berichterstattung der Kölner Medien scharf kritisiert und die Stigmatisierung und Pauschalisierung von Einzelfällen zu Allgemeinfällen kritisch hinterfragt. Die Polizei bestätigte, dass die Situation im Stadtbezirk nicht so dramatisch sei.

Die TeilnehmerInnen des Fachgesprächs haben folgende Lösungsvorschläge unterbreitet: Die Polizei sollte mehr mit Schulen kooperieren und Präventivmaßnahmen einleiten. Außerdem sollen Kinder- und Jugendeinrichtungen stärker finanziell gefördert werden und ihre Freizeitangebote ausweiten. Dazu sollen die Kürzungen der letzten Jahre zurückgenommen werden. Als Präventivmaßnahme sollen Streetworker eingesetzt werden, die mit den Problemjugendlichen direkten Kontakt knüpfen und diese sozial fördern. Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt muss endlich

mehr Verantwortung für Jugendliche übernehmen und für bessere Ausbildungs- und Arbeitschancen sorgen. Auch sollen MigrantInnenvereine, die sich für ein besseres Zusammenleben zwischen Deutschen und Nichtdeutschen einsetzen und die Integration fördern wollen, in diesem Bereich mehr gefördert und bei der Realisierung von ihren Angeboten für Jugendliche finanziell unterstützt werden.

Özgür Demirel

■ Pro Köln und Moscheebau:

„Bürgerbewegung“ muss auf erfundene Bürger zurückgreifen

Gegen den geplanten Moscheebau in Ehrenfeld hat die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ Pro Köln ein Bürgerbegehren unterstützt. Stets hat sie bestritten, dass die Kampagne auf Pro Köln zurückgeht. Doch die Sprecherin der „Anwohnerinitiative“, sprich die Initiatorin, ist inzwischen im Vorstand von Pro Köln. Was für ein Zufall!

So ein Bürgerbegehren zum Bebauungsplan gibt es in NRW nicht – das wissen sicher auch die Funktionäre von Pro Köln. Richtig ernst haben sie es dann auch nicht betrieben. 30% der Unterschriften waren ungültig. Die Personen existierten nicht oder haben mehrfach unterschrieben.

Die Grundregel bei Unterschriftensammlungen ist es, immer ca. 10% mehr zu sammeln als nötig. Zum Moscheebau gab es lediglich einen Überhang von 0,5%, und das, obwohl die Betreiber keine Fristen einhalten mussten. Manfred Rouhs hat in seiner Zeitschrift nation24 dann auch den wahren Kern des „Bürgerbegehrens“ enthüllt. In einem Aufsatz wird die Aktion als vorbildlich beschrieben, das weitere Vorgehen ist klar festgelegt: „Die eingehenden Petenten-Adressen müssen sorgfältig erfasst werden.“ Etwas später heißt es: „Zudem müssen die Adressen an den Bundesverband weitergegeben werden.“ Diese Weiterverwendung ist zudem illegal, weil sie gegen den Datenschutz verstößt. Doch die Sache scheint den Pro Köln-Funktionären nicht so wichtig zu sein, der Aufbau ihrer Organisation geht vor.

Im Mai letzten Jahres stimmte ihr Vertreter in der BV Ehrenfeld gegen die Bürgerbeteiligung am Moscheebau. Das enthüllt ihr wahres Gesicht. Die sogenannte „Bürgerbewegung“ will den Bürger entmündigen und für ihre ausländerfeindlichen Zwecke missbrauchen.

Jörg Detjen



Pro Köln hat eine Demonstration für den 16. Juni durch Ehrenfeld angemeldet. Kommt alle zur großen Gegendemo für Toleranz und Religionsfreiheit!
Ort & Zeit:
www.linksfraktion-koeln.de

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Offener Brief an den Istanbuler Bürgermeister Dr. Kadir Topbaş zu den Vorfällen am 1. Mai

Am 1. Mai wurden demonstrierende Gewerkschafter auf dem Istanbuler Taksim-Platz von Polizei und Sicherheitskräften angegriffen. Verantwortlich für den Oberbefehl ist zwar der Gouverneur von Istanbul, Muammer Güler. Weil Köln aber seit 10 Jahren eine Städtepartnerschaft mit Istanbul pflegt, wandte sich die Fraktion in einem offenen Brief an den Bürgermeister, um diesen um Unterstützung bei der Aufklärung der Vorfälle und Bestrafung der Schuldigen zu bitten.

Diese Aktion wurde neben der Fraktion Die Linke.Köln und ihren Bezirksvertretern ebenfalls von den beiden Kölner Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion, Ulla Lötzer und Paul Schäfer, unterstützt.

Sehr geehrter Herr Dr. Topbaş,

mit Entsetzen haben wir die Ausschreitungen und Vorfälle auf der 1. Mai-Kundgebung in Istanbul-Taksim durch die Presse und Medien mitverfolgt. Wir sind zutiefst erschüttert. Das Einschreiten der Polizei und der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten und Demonstrantinnen verurteilen wir auf das Schärfste. Dieses Vorgehen ist ein Schlag gegen Demokratie und Menschenrechte.

Die 1. Mai-Kundgebung auf dem Taksim-Platz war als eine Gedenkveranstaltung für die 36 Opfer des Massakers vom 1. Mai 1977 ausgerichtet, vertrat aber auch klassische gewerkschaftliche Forderungen zum 1. Mai.

Den Medienberichten zufolge wurden während der Kundgebung ca. tausend Demonstrationsteilnehmer und -teilnehmerinnen verhaftet und festgenommen. Des Weiteren wurden unzählige Demonstranten

und Demonstrantinnen verletzt.

Das riesige Polizeiaufgebot und insbesondere das harte und unbegründete Eingreifen der Polizei in die Demonstration ist antidemokratisch. Dieser Eingriff in die Menschenrechte ist nicht akzeptabel.

Istanbul und Köln sind seit 1997 Partnerstädte. Das ist erfreulich. In der Partnerschaftsurkunde wurde beschlossen, „...einen Beitrag zu leisten für Demokratie...“. Die Übergriffe der Polizei und der Sicherheitskräfte verstoßen gegen den Geist dieser beschlossenen Partnerschaft zwischen den beiden Städten.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Versammlungsrecht sind zwei elementare Grundrechte, die notwendiger Bestandteil einer demokratischen Grundordnung sind und geschützt werden müssen. Das Recht der gewerkschaftlichen Organisation beinhaltet das Versammlungs- und Mobilisierungsrecht. Alle diese Bestandteile müssen in einer Demokratie garantiert sein, und dazu auch in der Verfassung niedergelegt werden. In diesem Sinne war der Vorfall von 1977 ein negativer Einschnitt in der demokratischen Entwicklung der Türkei. An ihn zu erinnern wird die Bewegung der Türkei zu mehr Demokratie und Menschenrechte nur befördern.

Auf Grund dessen verurteilen wir die Vorfälle auf der 1. Mai Kundgebung in Istanbul-Taksim auf das Schärfste und fordern Sie auf, die geeigneten und erforderlichen Schritte einzuleiten und Maßnahmen zu ergreifen, die zur Klärung der Sachlage führen.

Wir fordern die sofortige Freilassung der festgenommenen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, Demonstrationsteilnehmer und Demonstrationsteilnehmerinnen. Die verantwortlichen staatlichen Instanzen und Personen müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Jugendliche besser auf eine Ausbildung vorbereiten

Heute beginnen Jugendliche zu spät eine Ausbildung: Im Durchschnitt sind sie schon 19,2 Jahre alt. Neben fehlenden Ausbildungsplätzen liegt das auch an einer schlechten schulischen Vorbereitung auf das Berufsleben. Ausbildungswillige Arbeitgeber klagen, dass Schulabgänger in der Schule nicht gelernt haben, worauf es in der Arbeitswelt ankommt. In Maßnahmen von Berufskollegs und freien Trägern durchlaufen sie oft mehrere Warteschleifen. 80% von ihnen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund, die damit neben behinderten Kindern und Hauptschülern klar die Verlierer dieses Systems sind.

Damit Jugendliche künftig besser fit für die Ausbildung gemacht werden, möchte die Fraktion Die Linke.Köln diese Aufgabe dem Regionalen Bildungsbüro übertragen. Viele Schüler ohne Ausbildungsplatz verschwinden nach dem Verlassen der Schule aus der Statistik. Zukünftig sollen alle Schuler erfasst werden, die Daten anonym ausgewertet werden. Heute gibt es ein Nebeneinander von vielen Aktivitäten unterschiedlicher Institutionen. Es fehlt der genaue Überblick, wer was macht. Dieses Chaos soll ersetzt werden durch die Bündelung und Koordination der Beratungs- und Weiterbildungsaktivitäten. Dann können und müssen endlich zielgenau Migranten und Migrantinnen, Haupt- und Förderschüler gefördert werden. Die verbindliche Anerkennung des Berufswahl-Passes plus, mit dem jeder Jugendliche nachweisen kann, was er bereits an Ausbildungsinhalten gelernt hat, ist ein Instrument dazu.

Michael Kellner